

Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Ulrich Schüren
Herr Manfred Schüßler
Frau Juanita Schwaab
Herr Reinhard Simon
Herr Hermann Spinnler
Herr Dr. Christian Steidl
Herr Bernhard Stolz
Herr Dr. Rainer Vorberg
Herr Roland Weber
Frau Ruth Weitz
Herr René Wendland
Herr Wolfgang Zöllner

bis 16:40 Uhr

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Herr Walter Berninger
Herr Hermann-Josef Eck
Frau Emma Fichtl
Herr Matthias Luxem
Herr Peter Schmitt
Frau Monika Schuck
Herr Erich Stappel
Frau Anne Tulke

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger
Herr Verwaltungsrat Gerhard Rüth
Herr Verwaltungsrat Kurt Straub
Herr Stefan Walter, eGovernment
Frau Susanne Seidel, Gleichstellungsbeauftragte
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

zu TOP 2+3

zu TOP 4

Ferner hat teilgenommen:

Herr Prof. Dr. Stark

zu TOP 1

Tagesordnung:

- 1 Bericht über die Aktivitäten von ZEWIS
- 2 Neue Internetseite des Landkreises Miltenberg
- 3 Software Mandatos; Ergänzung zum Kreistagsinformationssystem
- 4 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 5 Geschäftsbericht 2010
- 6 Abwicklung des Haushaltes 2011
- 7 Änderung der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonst ehrenamtlich tätigen Kreisbürger
- 8 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing den folgenden Kreisräte zum runden Geburtstag:

- Kreisrat Dr. Kaiser zum 70. Geburtstag am 27.09.2011

und

- Kreisrätin Juanita Schwaab zum 40. Geburtstag am 05.10.2011

Tagesordnungspunkt 1:

Bericht über die Aktivitäten von ZEWIS

Prof. Dr. Stark erläuterte anhand der beiliegenden Präsentation die Aktivitäten von ZeWiS.

Landrat Schwing dankte ihm für seine Ausführungen und seine spontane Zusage, im Gremium zu berichten. Alle Beteiligten haben gekämpft und erreicht, dass ZeWiS und damit auch rund 10 Mio. Euro in die Region bayerischer Untermain fließen. Es sei die erste staatliche Forschungseinrichtung im Landkreis Miltenberg. Natürlich hoffen alle, dass sich die vorgegebene Zielrichtung erfüllen lasse und man den Nukleus geschaffen habe für eine selbsttragende und sich selbst finanzierende Forschungseinrichtung nach fünf Jahren. Es sei ein hartes Stück Arbeit gewesen. Er dankte allen Beteiligten und den Landespolitikern, die alle an einem Strang gezogen haben, sowie auch dem Standortmanager Herrn Franz vom ICO, der für die kostenlose Nutzung gesorgt habe.

Prof. Dr. Stark nahm den Dank gerne entgegen und fügte hinzu, dass er diesen Dank an die Kollegen weitergeben werde, die trotz der Mehrbelastung von 19 Semesterwochenstunden, doppelter Abiturgang usw. mit viel Engagement und Dynamik mitgemacht haben.

Kreisrat Scholz bemerkte, er sei stolz darauf, dass der Landkreis Miltenberg zum Hochschulstandort gemacht werden konnte und hoffe, dass man diesen erhalten könne. Zum Automotivbereich fragte er, ob man im Bereich Robotik mit Autoherstellern zusammenarbeite.

Prof. Dr. Stark antwortete, der Teilbereich Automotive bestehe aus zwei Punkten, zum Einen aus dem Bereich Automobile direkt, hier gebe es Kooperationen mit Automobilherstellern. Allerdings nicht im Sektor Robotik, sondern der Fahrzeugsicherheit. Zum Anderen gebe es auf dem Sektor Robotik wiederum Kooperationen mit Herstellern aus der Gegend, die Roboter bauen, die bei Fahrzeugherstellern eingesetzt werden.

Kreisrat Maurer fragte nach der Chance (der Landkreis Miltenberg sei ja auch an Ko-FAS beteiligt), kommunizierende Fahrzeuge mit Fußgängern im Landkreis Miltenberg zu beteiligen. In diesem Zusammenhang dankte er Kreisrat Berninger als Bürgermeister der Stadt Erlenbach a.Main für die Beteiligung.

Prof. Dr. Stark teilte mit, es gebe eine Schnittstelle zwischen Ko-FAS und ZeWiS, also bestehe hier durchaus eine Chance.

Landrat Schwing ergänzte, Ko-FAS sei ein ZENTEC-Projekt, was man in die Region geholt habe mit Zuschüssen im Millionenbereich. Die Vernetzung funktioniere hier also.

Kreisrat Dr. Fahn dankte Prof. Dr. Stark und erklärte, er sei als Mitglied im Hochschulausschuss mit diesem Projekt befasst gewesen und habe es nachhaltig unterstützt. Insgesamt sei es positiv, dass mit diesem Projekt der ländliche Raum gestärkt werde. Es sei ein Meilenstein für die Region und für die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat. Er halte auch die kommunale Beteiligung für richtig und wichtig, wichtig auch für die Bevölkerung. Er fragte außerdem nach den Auswirkungen des doppelten Abiturjahrganges auf den Start des Projekts.

Prof. Dr. Stark erklärte, auf den Start des ZeWiS-Projekts habe dies keine Auswirkungen, denn die Projektarbeit selbst werde von Mitarbeitern getragen, die ausschließlich für dieses Projekt und ZeWiS da seien, dies sei der Vorteil. Die Projektleitung sei bei den einzelnen Professoren, die natürlich die genannte Mehrbelastung haben.

Kreisrat Dr. Steidl dankte auch der Stadt Erlenbach für das Engagement und fragte in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Firmen nach derer finanzieller Beteiligung.

Prof. Dr. Stark antwortete, dies sei ganz verschieden. Manche Firmen steuerten direkt bei, tätigen also Sachinvestitionen. Andere Firmen wiederum bezahlen Mitarbeiter und Geräte für eine gewisse Zeit dafür. Es gebe auch Firmen, die gemeinsam mit ZeWiS in längerfristigen kooperativen Förderprojekten dabei seien.

Landrat Schwing ergänzte, es habe im ICO eine Veranstaltung für die Firmen in der Region gegeben, um hier zur Unterstützung zu animieren. Hier habe eine große Bereitschaft der Wirtschaft vorgelegen, sich an konkreten Projekten zu beteiligen.

Kreisrat Michael Berninger wies an Kreisrat Dr. Fahn gerichtet darauf hin, die Stadt Erlenbach habe sich hier zwar beteiligt, allerdings habe die Fraktion Freie Wähler gegen dieses Projekt gestimmt.

Es sei klar, dass das Förderverfahren fünf Jahre lang laufe. Es sei aber auch spannend, was danach passiere. Daher fragte er Prof. Dr. Stark, ob sich nach Ablauf der Förderperiode andeute, dass sich das Projekt selbst tragen könne.

Wichtig sei für ihn des Weiteren die Energiefrage, nämlich die der Energiespeicherung und – netze. Daher fragte er Prof. Dr. Stark nach möglichen Projekten in diese Richtung oder wo man sich konkret mit dieser Frage beschäftige.

Landrat Schwing erklärte, man setze auf die Lernfähigkeit der Kommunalpolitiker. Es müssten alle erkennen, dass dies eine riesige Chance für die Region und für den Landkreis sei. Und selbstverständlich sei dies nicht, auch die Kollegen in Aschaffenburg haben hier mitgezogen.

Prof. Dr. Stark antwortete, ZeWiS selbst sei thematisch recht breit aufgestellt, dies sei Vor- und Nachteil zugleich. Wenn man eine starke Fokussierung habe, könne man gezielt Kompetenzen aufbauen; wenn man breiter aufgestellt sei, könne man nicht ganz so fokussiert arbeiten. Dafür habe man aber die Chance, die Entwicklungen in den einzelnen Bereichen zu beobachten. ZeWiS habe fünf Arbeitsbereiche. Von einigen sei er sich sicher, dass diese auch in Zukunft wirtschaftlich eigenständig stehen werden. Ein anderer Punkt sei die Forschung als Dienstaufgabe der Hochschulen für angewandte Wissenschaften seit 2006, allerdings im Rahmen der vorhandenen Mittel. Dies sei ein Unterschied zu allen anderen Einrichtungen. Man müsse somit darauf hinarbeiten, dass man in fünf Jahren so gute Ergebnisse erziele, dass man auch die Politik überzeugen könne, an dieser Sache langfristig etwas zu ändern, dass man auch an Fachhochschulen eine staatliche Grundfinanzierung brauche.

Kreisrat Schumacher wies darauf hin, dass nicht nur ICO, sondern auch die Firma Mainsite kostenlos Gebäude zur Verfügung stelle. Dies sei leider noch nicht erwähnt worden.

Prof. Dr. Stark entschuldigte sich für das Versäumnis.

Kreisrätin Weitz dankte Prof. Dr. Stark für seine Ausführungen. Insgesamt sei es eine ideale Konstellation zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie erwähnte, es gebe viele Innovativprojekte in der Fachhochschule Aschaffenburg, wie z. B. Campona (wo Studenten ihr Wissen in die Wirtschaft einbringen und gleichzeitig auch Erfahrungen gewinnen).

Prof. Dr. Stark erklärte, es gebe unterschiedliche Studenteninitiativen, bei denen der Hauptfokus immer darauf liegt, den interessierten Studierenden Chancen zu geben, um die berufliche Zukunft zu sichern. Dies beinhalte in erster Linie den Ausbildungsaspekt. Insofern sei dies eine Ergänzung zu ZeWiS, denn dort habe man die wissenschaftliche Weiterqualifikation, es gebe hier also keinen Widerspruch.

Landrat Schwing dankte Prof. Dr. Stark für seinen Vortrag, er habe wichtige Informationen und positive Signale mitgebracht.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Neue Internetseite des Landkreises Miltenberg

Landrat Schwing erklärte, auch das Landratsamt sei immer stärker auf das Internet angewiesen, daher habe man die Internetseite komplett neu überarbeitet, einige der Kreisräte hätten sich mit Vorschlägen und Kritik mit eingebracht. Zum 1. Oktober sei die neu gestaltete Seite freigeschaltet worden.

Stefan Walter, eGovernment, erläuterte anhand der beiliegenden Präsentation die Neuerungen der Internetseite des Landkreises Miltenberg.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Fahn wies Stefan Walter auf das Bürgerinformationssystem hin, über welches die öffentlichen Niederschriften der Gremiensitzungen durch die Bürgerinnen und Bürger abgerufen werden können.

Weiterhin erklärte er auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Linduschka, wie man den aktuellen Veranstaltungskalender findet.

Landrat Schwing bat um Mitteilung an Stefan Walter, sofern den Kreisräten etwas auffalle, fehle, störe oder natürlich auch besonders gut gefalle. Stefan Walter und sein Team hätten ganz hervorragende Arbeit geleistet, es stecke viel Arbeit darin und mit diesem Internetauftritt könne man sich sehen lassen.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Software Mandatos; Ergänzung zum Kreistagsinformationssystem

Stefan Walter, eGovernment, erläuterte die Software Mandatos als Ergänzung zum Kreistagsinformationssystem anhand beiliegender Präsentation.

Kreisrat Lieb berichtete ebenfalls von seinen Erfahrungen mit Mandatos, er hatte sich bereit erklärt, dies vorab zu testen, und äußerte sich positiv zu der Software.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass leider noch nicht 100% der Kreisräte das Kreistagsinformationssystem nutzen. Noch vier Kollegen und Kolleginnen fehlen und es würde die Arbeit ungemein erleichtern, wenn diese sich noch zur Nutzung bereiterklären würden.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Steidl zur Notizfunktion und möglichem WLAN-Zugang im Sitzungssaal erläuterte Stefan Walter, dass beliebig große Notizen über die normale Adobe-Funktion erfasst werden können. Weiterhin stehe ein WLAN-Zugang zurzeit noch nicht zur Verfügung, allerdings sei die Software aber auf die Offlinearbeit ausgelegt und es gebe kaum Verzögerungen.

Auf Rückfrage von Kreisrätin Weitz zum benötigten Speicherplatz sowie des notwendigen Betriebssystems erklärte Stefan Walter, dies sei individuell abzuklären. Interessierte Kreisräte mögen sich bitte entsprechend bei ihm melden.

Kreisrat Schötterl dankte für die Vorstellung, spannend finde er die Offlinearbeit, hinterfragte allerdings noch einmal die verfügbaren Dokumente in diesem Modus.

Stefan Walter erklärte, der komplette Grundstock werde bei der ersten Installation bereits heruntergeladen. Ansonsten werden aktuelle Dokumente sofort bei bestehender Internetverbindung heruntergeladen.

Kreisrat Lieb machte ergänzende Angaben zur Aktualität der verfügbaren Unterlagen, in seiner Testphase habe es keinerlei Probleme gegeben. Allerdings sei ihm aufgefallen, dass er in nichtöffentlicher Sitzung aufgefordert wurde, seinen Laptop zu schließen, somit habe er nicht mehr mitarbeiten können. Wenn allerdings ein Kollege neben ihm ein Smartphone nutze, könnte dieser eben diese Möglichkeiten nutzen. Daher müsse man darüber nachdenken, die Nutzung von Laptops auch in nichtöffentlicher Sitzung über die Geschäftsordnung zuzulassen.

Weiterhin bat er darum, die genauen Beschlüsse auch aus nichtöffentlicher Sitzung im Kreistagsinformationssystem zu veröffentlichen, oder eben die Laptopnutzung freizugeben, damit er sich selbst entsprechende Vermerke machen könne.

Landrat Schwing erklärte, man sei bei nichtöffentlicher Sitzung vorsichtig. Eine Untersagung einzelner Geräte sei sicherlich einfacher als eine generelle Freigabe. Wenn die Nutzung solcher Geräte allerdings zunehme, könne man sich hierüber Gedanken machen.

Kreisrat Dotzel sagte, die Software Mandatos sei die logische Konsequenz, wenn man das Kreistagsinformationssystem nutze. Auch sei er dafür, dass auch die fehlenden vier Personen das System nutzen sollten, schließlich müssten diese dann nicht mehr alle Papiere ausdrucken. Daraus entstehe ja auch ein Aufwand. Er sei allerdings nicht über die Nutzung von Laptops begeistert, am Ende verstecke sich jeder hinter seinem Gerät. Die Nutzung von iPads halte er daher für sinnvoller. Er ergänzte, die Stadt Bad Kissingen stelle ihren Kreisräten bereits seit geraumer Zeit diese Geräte zur Verfügung.

Landrat Schwing erklärte, man habe dies bereits im Deutschen Innovationsring besprochen, es gebe nur einen Landkreis, der dies einmal probeweise gemacht habe, zwischenzeitlich aber auch eingestellt habe. Bei 100%iger Beteiligung am Kreistagsinformationssystem könne man über weitere Schritte nachdenken.

Stefan Walter bat um Mitteilung, wer die iPad-App (Anwendung) für Mandatos mit dem eigenen Gerät nutzen würde. Je nach Anzahl würden sich eventuell die Kosten lohnen. Daher bat er in diesem Fall um eine kurze E-Mail.

Kreisrat Dr. Fahn fragte noch einmal nach der Möglichkeit von WLAN-Nutzung.

Landrat Schwing erklärte, technisch sei dies sicherlich grundsätzlich einzurichten, kurzfristig allerdings nicht angedacht.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten

Gleichstellungsbeauftragte Seidel gab ihren Tätigkeitsbericht anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihr für ihren Bericht, der ein breites Spektrum enthalte und neue Akzente setze.

Kreisrat Dr. Steidl dankte ebenfalls für den Vortrag und ihr Engagement und fragte nach der Entwicklung der Einzelfallberatung sowie dem geringen Zuspruch von Jungen im Bereich der Berufsfindung.

Kreisrätin Weitz dankte im Namen der SPD-Fraktion und persönlich für ihre Arbeit und den Vortrag. Sie halte das Projekt „Bündnis für Familien“ für besonders wichtig, dies müsse vorangetrieben und öffentlich gemacht werden. Viele hätten ja schon erkannt, wie wichtig familienfreundliche Arbeitsplätze seien. Die Firma WIKA in Trennfurt habe beispielsweise eine eigene Kinderkrippe und familienfreundliche Arbeitszeiten. Wichtig sei auch die Aufklärung zur Altersrente, da mit privater Vorsorge viel Schindluder getrieben werde. Weiterhin wünsche sie sich den Aufbau eines Frauennetzwerkes im Landkreis Miltenberg.

Kreisrat Andre dankte auch im Namen der CSU-Fraktion, viele Jahre schon mache sie ihre Arbeit und ihr sei es gelungen, das Thema etwas aus der politischen Brisanz herauszunehmen. Dafür gratuliere er, aber auch für ihren Kompetenz und ihren Blick für Bereiche, die auch am Rande des Gebiets liegen. Er habe den Eindruck einer Verbesserung auf dem Gebiet der Gleichstellung und fragte Gleichstellungsbeauftragte Seidel, ob dies der Fall sei.

Kreisrat Scherf schloss sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Dank an. Er habe den Eindruck, dass dieses Arbeitsfeld nicht mit einer halben Stelle zu bearbeiten sei. Er sei froh, dass Jungen in diesem Arbeitsfeld nicht zu kurz kommen. Hier müsse man früher ansetzen, alle sollen frei wählen, aber wie bekomme man die Kinder aus den Stereotypen heraus, weitere Berufe wählen zu können. Man müsse es schaffen, Vorbilder zu finden; starke Frauen in Männerberufen und starke Männer in Frauenberufen.

Das Kerngeschäft der Gleichstellung sei ja nicht nur die Beratung, sondern überhaupt die Gleichstellung im Landkreis voranzubringen. Dies sei die gesetzliche Aufgabe. Es sei aber nicht nur Gleichstellungsarbeit, sondern auch knallharte Standortpolitik in Bezug auf Frauen im Berufsleben.

Kreisrätin Hotz dankte im Namen der Fraktion der Freien Wähler für ihre wichtige, breit gefächerte und mit großem Engagement erbrachte Arbeit.

Kreisrat Dr. Linduschka erklärte in Bezug auf Pflegeberufe und Jungen, es gehe auch um Angebot und Nachfrage. Er glaube daher, dass diese Berufe in den nächsten Jahren attraktiv werden, auch für Jungen, so dass dieser Weg gegangen wird. Je früher man in Elternhäuser und Schulen beginne, diesen Weg zu gehen, desto positiver könne dieser begangen werden.

Gleichstellungsbeauftragte Seidel antwortete, bei der Einzelfallberatung habe es leider keine wirkliche Besserung gegeben. Man habe natürlich mehr Ansprechpartner für die verschiedenen Themenfelder und daher verteile es sich einfach mehr.

Bei der Berufswahl müsse man bekannt machen, was es alles gibt. Oft fehle manchen der Mut, einen anderen Weg zu beschreiten.

Das „Bündnis für Familien“ sei sicherlich wichtig. Man habe einige Firmen im Kreis, die mit solchen Beispielen vorangehen.

Das Thema Altersrente sei ebenfalls sehr wichtig und müsse früh angesprochen werden, leider gebe es aber nur geringes Interesse daran.

Den Aufbau eines Frauennetzwerkes werde sie versuchen.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:
Geschäftsbericht 2010

Kämmerer Straub stellte die Schlussbilanz vor, die komplett im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung steht.

Landrat Schwing dankte ihm für seine Ausführungen.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen diese zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:
Abwicklung des Haushaltes 2011

Kämmerer Straub erläuterte die Abwicklung des Haushaltes 2011 anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihm und fügte hinzu, man habe schon weitaus schlechtere Zwischenbilanzen erleben müssen. Natürlich habe man Investitionen auf das nächste Jahr verschieben und müsse dies 2012 neu veranschlagen. Auch habe sich die Zitterpartie im Bereich des Gebührenhaushaltes positiv entwickelt. Erfreulich stehe auch der soziale Bereich da, es sei nicht mit Überschreitungen zu rechnen. Hier habe man in der Vergangenheit kräftig bluten müssen. Dies hänge aber auch mit der Entlastung durch den Bund zusammen durch die Übernahme der Grundsicherung. Dies sei immerhin ein Einstieg, eine große Hilfe und dringend notwendig, wenn es auch nicht die Probleme in diesem Bereich löse. Die Sozialkosten insgesamt, gerade die Eingliederungshilfe, steigen. Das Bundesteilhabegesetz sei ein großes Ziel, was allerdings sicher noch einige Jahre dauere.

Kreisrat Scholz sagte, der Haushalt 2011 zeige recht deutlich, wie falsch die Entscheidung zur Erhöhung der Kreisumlage gewesen sei. Der erwirtschaftete Gewinn sei absehbar gewesen. Er erwarte daher eine Korrektur der Fehlentscheidung in 2012.

Kreisrat Kuhn dankte Kämmerer Straub für die erfreulichen Zahlen. Aber auch er denke, aus der heutigen Sicht sei die Erhöhung der Kreisumlage nicht notwendig gewesen. Er hoffe, dass dies bei den Planungen für 2012 entsprechend berücksichtigt werde.

Landrat Schwing erklärte, man spreche erst über die Kreisumlage, wenn die wichtigsten Zahlen vorhanden seien, und diese seien noch nicht bekannt. Bisher handele es sich um Momentaufnahmen aus dem laufenden Jahr. Daher könne man hier noch keinerlei Aussagen treffen. Auch vom Bezirk habe man noch keine Zahlen, ebenso wenig wie Steuerkraftzahlen. Man werde jedenfalls im nächsten Jahr noch nicht die Segnungen der Korrektur erleben, sondern erst in 2013. Er erinnerte aber daran, man habe draußen noch viele Hausaufgaben, gerade im Bildungsbereich, zu machen. Es handele sich um gewaltige Millionenbeträge. Natürlich habe man sechs Jahre lang Schulden zurückgeführt und diese Entwicklung sei erfreulich. Niemand wolle dies ändern und die nächste Generation vorbelasten. Man sollte diesen Weg beibehalten. Im Bereich der Investitionen werde man in den nächsten Jahren aber wieder Gas geben müssen, insbesondere im Bereich energetischer Gesichtspunkte. Man müsse schon das Gesamtkunstwerk Haushalt betrachten. Sicher werde man eine Lösung finden, die alle Interessen berücksichtige.

Kämmerer Straub stimmte zu, es handele sich um eine Momentaufnahme. Am 31.12.2011 werde abgerechnet.

Die Mitglieder des Kreistages nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Änderung der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonst ehrenamtlich tätigen Kreisbürger

Verwaltungsdirektor Fieger erläuterte:

§ 3 der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonst ehrenamtlich tätigen Kreisbürger (Landkreisesentschädigungssatzung – LkrEntschS) enthält die Bestimmungen über die Reisekostenvergütung für auswärtige Dienstgeschäfte (Ziffer 1) und Sitzungen des Kreistags, seiner Ausschüsse und für Fraktionssitzungen (Ziffer 2). Beide Ziffern verweisen für die Art der Reisekostenvergütung pauschal auf die Art. 5 und 6 des Bayerischen Reisekostengesetzes (BayRKG).

Mit Wirkung vom 1. Mai 2010 wurde in das Bayerische Reisekostengesetz ein neuer Art. 5 Abs. 1 Satz 3 eingefügt, der wie folgt lautet: „Wird die Dienstreise an der Wohnung angetreten oder beendet, werden höchstens die Fahrtkosten erstattet, die bei der Abreise oder Ankunft an der Dienststelle angefallen wären.“ Mit der Neuregelung wurde also die Erstattung auf diejenigen Fahrtkosten beschränkt, die von der Dienststelle (z.B. vom Landratsamt) aus angefallen wären. In der Praxis hatte dies zu erheblichen Problemen und auch Beschwerden geführt. Bei der Fahrtkostenerstattung für Kreisrätinnen und Kreisräte wurde die Neuregelung bisher nicht angewendet, wohl aber im allgemeinen Dienstbetrieb des Landratsamtes.

Aufgrund der aufgetretenen Beschwerden und einer Initiative des Bayer. Landkreistags soll die umstrittene Bestimmung des Art. 5 Abs. 1 Satz 3 BayRKG nun wiederum geändert werden. Sie soll ausnahmsweise dann nicht gelten, wenn bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt sind: es muss aus dienstlichen Gründen erforderlich sein, die Dienstreise zwischen 20 Uhr und 6 Uhr oder an einem Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag anzutreten oder zu beenden.

Da weder Art. 5 Abs. 1 Satz 3 BayRKG noch die angekündigte Ausnahmeregelung auf die Situation der Kreisrätinnen und Kreisräte passen, aber durch die LkrEntschS pauschal für anwendbar erklärt werden, ist es notwendig diese Bestimmung von der Anwendung in der LkrEntschS gänzlich auszunehmen.

Es wird daher vorgeschlagen, in den § 3 LKrEntschS um eine Ziffer 3 zu ergänzen, die wie folgt lautet:

„3. Art. 5 Abs. 1 Satz 3 BayRKG findet keine Anwendung.“

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 06.10.2011 einstimmig dem Kreistag empfohlen, den vorliegenden Beschluss zu fassen.

Der Kreistag fasste einstimmig den

B e s c h l u s s :

§ 3 der Satzung zur Regelung der Entschädigung der Kreisräte und sonst ehrenamtlich tätigen Kreisbürger vom 02.05.2008 wird um eine Ziffer 3 ergänzt, die wie folgt lautet:

„3. Art. 5 Abs. 1 Satz 3 BayRKG findet keine Anwendung.“

Tagesordnungspunkt 8:
Anfragen

Landrat Schwing verwies auf die vorliegenden Anträge der Fraktion der SPD und der Freien Wähler, die den Anwesenden bekannt seien.

Es stehe der Antrag von Kreisrätin Almritter, bei der nun anstehenden Neukalkulation der Müllgebühren auch die Variante einer Restmülltonne (Basispreis) mit Banderolensystem zu kalkulieren und dem Ausschuss für Natur- und Umweltschutz in der Sitzung am 05.12.2011 als Alternative zur Abstimmung zu geben. Der Antrag sei als „Eilantrag“ an den Kreistag gerichtet. Hierzu stelle er fest, dass der Antrag nach der Geschäftsordnung „verspätet“ eingegangen sei, weil er nicht spätestens bis zum 7. Tag vor der Sitzung beim Landrat eingegangen sei. Nach § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung könne ein Antrag, der verspätet eingegangen sei, in zwei Fällen nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden:

1. Fall: Die Angelegenheit ist dringlich und der Kreistag stimmt der Behandlung mehrheitlich zu.

Hierzu ist festzustellen, dass die Angelegenheit nicht „dringlich“ im Sinne der Geschäftsordnung sei, weil sie noch rechtzeitig zu einem späteren Zeitpunkt und in einem anderen Gremium behandelt werden könne.

2. Fall: Sämtliche Mitglieder des Kreistags sind anwesend und kein Mitglied widerspricht der Behandlung. Auch diese Fallkonstellation sei nicht erfüllt, weil nicht alle Kreistagsmitglieder anwesend seien.

Ergebnis: Der Antrag von Kreisrätin Almritter könne nicht nachträglich in die Tagesordnung der heutigen Kreistagssitzung aufgenommen werden.

Sein Vorschlag „zur Güte“ sei Folgender: Er verweise den Antrag von Frau Almritter zur Beratung und Behandlung in den zuständigen Umweltausschuss.

Zu diesem Vorgehen berechtige ihn Art. 17 Abs. 5 Satz 1 der Geschäftsordnung, wo es heißt: „Anträge von Mitgliedern des Kreistages, für deren Behandlung ein Ausschuss zuständig ist, sind vom Landrat in den zur Behandlung zuständigen Ausschuss zu verweisen.“

Mit der Umsetzung des Antrags werde man jedoch nicht erst bis zur nächsten Umweltausschusssitzung abwarten. Er sage ihr zu, dass die Verwaltung den Antrag soweit wie möglich vorher umsetzen und in die Vorbereitung der nächsten Umweltausschusssitzung einbeziehen werde. In dieser Sitzung werde man nach bestem Wissen auch eine Aussage zu den Gebühren auf der Grundlage eines Banderolensystems treffen.

Was man aber sicher nicht leisten könne, ist eine komplette Kalkulation der Müllgebühren auf der Grundlage eines Banderolensystems zu präsentieren. Die Banderole ist einer von vielen Bestandteilen eines komplett neuen Abfallwirtschaftssystems, das man weder heute noch bis zur nächsten Umweltausschusssitzung aus dem Boden stampfen könne. Hierzu sei eine umfangreiche Vorbereitung erforderlich, und es müssten Annahmen getroffen und sonstige Rahmenbedingungen festgelegt werden, die man weder heute noch bis zur nächsten Umweltausschusssitzung kenne.

Er bat also um Verständnis, dass man (nicht weil man es nicht wolle, sondern) aus rein tatsächlichen Gründen (weil man es nicht könne) weder heute noch bis zur nächsten Umweltausschusssitzung eine komplette „Neukalkulation der Müllgebühren mit Banderolensystem“ durchführen könne.

Man werde aber nach bestem Wissen diese Variante überprüfen lassen, um zumindest eine grobe Aussage über die Gebühren im Rahmen eines Banderolensystems treffen zu können.

Er fragte daher Kreisrätin Almritter, ob sie mit diesem Vorgehen einverstanden wäre und sich ihr „Eilantrag“ zur heutigen Kreistagssitzung damit erledigt habe.

Kreisrätin Almritter erklärte, ihr Antrag umfasse nicht nur das, was Landrat Schwing gerade vorgebracht habe, sondern auch die in ihren Augen falsche Reihenfolge der Abstimmung im letzten Ausschuss für Natur- und Umweltschutz. Sie habe nur darum gebeten, dass in der heutigen Sitzung nochmals darüber abgestimmt werde, nämlich in der richtigen Reihenfolge. Sie würde sich für das von Landrat Schwing vorgeschlagene bereit erklären, wenn die Kalkulation des Banderolensystems so weit vorbereitet sei, dass man darüber in der nächsten Umweltausschusssitzung am 05.12.2011 abstimmen könne.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte, dies sei nicht möglich. Das Banderolensystem sei nur ein Punkt des Konzeptes aus Tauberbischofsheim, welches Kreisrätin Almritter herausgegriffen habe. Eine solche Konzeptprüfung benötige mindestens ein gutes Jahr.

Landrat Schwing erklärte, ein Detail aus dem System eines anderen Kreises, welches nicht mit unserem System kompatibel sei, könne nicht einfach übertragen werden. Eine solche Kalkulation sei nicht zu schaffen. Man werde die Informationen auswerten und auch versuchen, dies zu quantifizieren und dem Ausschuss vorzustellen. Er habe aber auch im Ausschuss darauf hingewiesen, dass man eigentlich noch ein Jahr lang die alten Gebühren hätte wegen der vierjährigen Kalkulationsphase. Er habe sich gegen den Widerstand seiner eigenen Leute durchgesetzt, so schnell wie möglich die Beträge den Bürgern zurückzugeben. Dies sei nur zu schaffen, wenn man jetzt schnell handelt, weil es ein Riesenaufwand sei. Er fügte hinzu, aus seiner Sicht und aus Sicht der Verwaltung sei der Antrag der Verwaltung der weitergehende und daher zuerst darüber abzustimmen gewesen.

Kreisrätin Almritter bestand auf ihren Antrag.

Kreisrat Dr. Schüren erklärte, es sei juristisch fraglich, ob tatsächlich der Antrag der Verwaltung oder der Antrag der SPD der weitergehende Antrag sei. Darüber könne man streiten. Als Lösung schlage er vor, zu versuchen, das Banderolensystem kompatibel mit unserem System zu machen. Man wolle das System nicht ändern. Es gebe daher zwei Möglichkeiten: Entweder die Verwaltung schaffe es, bis zum 05.12.2011 eine solide Basis zu beschaffen, auf der dann auch abgestimmt werden könne; oder aber die nächste Sitzung des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz werde verschoben, bis eine vernünftige Diskussion möglich sei. Wenn man dies nun nicht so mache, dann bleibe auch die nächsten Jahre sicherlich ein großer Unmut.

Landrat Schwing sagte, er hätte es sich auch leichter machen können, wolle aber mit offenen Karten spielen und vor allem die Probleme nicht verlagern. Er sagte zu, man bemühe sich bis zum 05.12.2011, aber garantieren könne es keiner. Momentan zweifele man daran, ob man überhaupt rechtzeitig zum 01.01.2012 alles schaffe, weil es so viel Arbeit sei, insbesondere der Versand tausender Bescheide. Und dazu käme noch die Arbeit zu diesem Antrag. Dies würde bedeuten, man enthalte den Bürgern die Gebührenreduzierung vor. Das wolle man nicht.

Verwaltungsdirektor Fieger fügte hinzu, wenn man die Senkung der Gebühren zum 01.01.2012 nicht durchführe, es aber in der Öffentlichkeit bereits publiziert werde, so riskiere man eine Klage. Weiterhin sei bei der letzten Umweltausschusssitzung der Tagespunkt die Behandlung der Gebührensatzung gewesen. Was nun beabsichtigt werde, sei eine Änderung der Abfallwirtschaftssatzung, also eine Systemänderung. Somit sei nicht über einen weitergehenden Antrag abgestimmt worden, sondern über etwas, was gar nicht auf der Tagesordnung stand. Um hier einen Vergleich anstellen zu können, werde man alles Mögliche tun. Aber man könne nicht versprechen, dass dies ein Systemvergleich werde, weil das Banderolensystem nur ein Ausschnitt sei, was von vielen anderen Rahmenbedingungen und

Faktoren abhängen, wo man Annahmen treffen müsste. Dies sei eine Zusage, aber kein Versprechen.

Kreisrätin Almitter meinte, sie lasse sich nicht erpressen mit der Weitergabe der Gebührensensenkung an die Bürger. Sie sei auf der Suche nach etwas vielleicht noch Gerechterem. Bereits vor zwei oder drei Jahren habe sie diesen Antrag gestellt. Damals sei dieser mit Begründung der Neukalkulation abgelehnt worden. Sie könnte sich vorstellen, unter Umständen auch rückwirkend die Gebühren zu senken.

Landrat Schwing wies deutlich zurück, dass hier jemand erpressen wolle! Aber man müsse doch auf die Folgen hinweisen, wenn man es zeitlich nicht schaffe. Der Landkreis werde schließlich verklagt.

Kreisrat Dr. Schüren erklärte, wenn es so kompliziert sei, sei er für eine Verschiebung der Sitzung des Umweltausschusses. Er sei grundsätzlich aber mit dem Vorschlag einverstanden.

Kreisrat Scholz sagte, man müsse keine Angst vor einer Klage haben, man habe einen gültigen Kalkulationszeitraum bis 31.12.2012, und wenn dann zuviel Mehreinnahmen vorliegen, dann können diese auf den kommenden Kalkulationszeitraum gutgeschrieben werden. Es gebe daher keinen Grund, die Gebühren bereits in diesem Jahr zu ändern.

Kreisrat Schötterl wies darauf hin, dass der Eilantrag der Fraktion Freie Wähler den Antrag der Fraktion der SPD beinhalte. Er wolle vermeiden, dass hier nochmals dasselbe diskutiert werde. Für ihn gelte hier die zeitliche Komponente nicht, da seine Fraktion bereits vor Jahren ein Benchmarking beantragt habe.

Landrat Schwing stellte klar, dass keine Gleichheit der beiden Anträge vorliegt. Die Fraktion der Freien Wähler habe ein Benchmarking beantragt, der Antrag sei auch längst behandelt worden, er habe nur den Fehler gemacht, die Antwort nicht im Kreistag gegeben zu haben. Die Sache sei beim Bayerischen Innovationsring abgelehnt worden, dies wisse Kreisrat Dr. Fahn auch. Mit den Gebühren habe dies allerdings nichts zu tun.

Kreisrat Andre stimmte zu, dass das Thema schon einmal angesprochen worden sei. Wenn man politisch allerdings etwas durchsetzen wolle, dann müsse man auch am Ball bleiben. Die Anträge hätten zeitlich auch ganz normal und rechtzeitig gestellt werden können. Er sei für den Vorschlag von Kreisrat Dr. Schüren.

Landrat Schwing schlug vor, in der nächsten Umweltausschusssitzung einen Empfehlungsbeschluss für den Kreistag zur Gebührensensenkung zu beschließen und im Laufe des nächsten Jahres die Überprüfung anderer Systeme anzugehen. Sollte man zu dem Ergebnis kommen, das System anzupassen oder zu ändern, dann folge eine eventuelle Änderung im Jahr 2013. Er wies aber darauf hin, dass die Erstellung der neuen Bescheide ca. 70.000 Euro koste.

Kreisrat Dr. Schüren erklärte für die Fraktion der SPD sein Einverständnis. Landrat Schwing stehe dann allerdings auch im Wort. Dies sei fair gegenüber den Bürgern, im nächsten Jahr müsse man diese Sache dann aber gezielt und konzentriert angehen.

Landrat Schwing fragte Kreisrat Dr. Fahn, ob dessen Antrag dann ebenfalls in der nächsten Sitzung behandelt werden könne.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, man habe den Antrag bereits 2008 gestellt und auch mehrfach nachgefragt. Er schlug vor, dass eine Firma aus München namens ForumZ ein Benchmarking innerhalb von 4-6 Monaten erstellen zu lassen.

Kreisrat Dr. Linduschka meldete sich zu Wort, das Thema gehöre nicht auf die Tagesordnung. Daher stellte er den Antrag zur Geschäftsordnung, einen Empfehlungsbeschluss vorzulegen.

Landrat Schwing dankte ihm für diesen Vorschlag und schlug Kreisrat Dr. Fahn vor, dies als Arbeitsauftrag in die nächste Sitzung des Umweltausschusses mitzunehmen.

Kreisrat Dr. Schüren stellte eine weitere Anfrage nach dem aktuellen Sachstand im Unternehmensbereich 5.

Landrat Schwing antwortete, die Organisation im Hause sei gesichert, man befinde sich im Verfahren, habe aber keine Eile. Es sei noch keine Ausschreibung erfolgt.

Verwaltungsdirektor Fieger fügte hinzu, die Aufgabenerledigung sei sichergestellt. Dass die Aufgaben der Unternehmensbereichsleitung 5 nicht alle und umfänglich wahrgenommen werden können wie bisher sei klar, da eine Person fehle. Für eine Ausschreibung sei eine Arbeitsplatzbeschreibung notwendig, und diese sei bei ihm noch in Arbeit, aber er versichere, er arbeite daran.

Kreisrat Scholz fragte in Bezug auf die Ehrungen im Feuerwehrbereich, ob es richtig sei, dass diese künftig von Seiten des Kreises vorgenommen werden und nicht mehr gemeindlich. Er sei der Meinung, dies solle vor Ort vorgenommen werden und nicht im Rahmen einer Großveranstaltung.

Landrat Schwing wies ihn darauf hin, es gehe um das Feuerwehrehrenzeichen in Silber und Gold. Dieses werde durch den Innenminister verliehen und in der Regel durch den Landrat überreicht im Beisein von Feuerwehrführungsdienstgraden. In der Zwischenzeit haben aber auch die Feuerwehren personelle Probleme und wichtigere Aufgaben. Diese Ehrung sei aber nicht Sache des Landkreises, sondern der Kreisbrandinspektion. Sie habe sich darauf verständigt (noch nicht entschieden, gerade in Anhörung der Kommandanten), zweimal im Jahr eine Ehrung zentral durchzuführen. Die Überreichung mache aber der Landrat. Das Gremium sei allerdings nicht zuständig für dieses Thema. Er machte klar, dass ein würdiger Rahmen sichergestellt sei.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin